## S 1 RA 3033/98

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 17
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 RA 3033/98 Datum 14.02.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 17 RA 15/02 Datum 29.10.2003

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 14. Februar 2002 wird zurÃ⅓ckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind auch fÃ⅓r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Streitig ist die Anerkennung einer Beitragszeit vom 1. Mai 1940 bis 30. September 1942.

Die 1919 in Lodz geborene Klägerin wanderte 1949 nach Israel aus, dessen Staatsangehörigkeit sie seither besitzt. Sie ist Verfolgte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im November 1989 beantragte sie bei der Beklagten die Anerkennung von Versicherungszeiten nach dem

Fremdrentengesetz â $\square$  FRG â $\square$  sowie die Nachentrichtung von BeitrÃ $\alpha$ gen und stellte im Folgenden einen Rentenantrag, in dem sie angab, es seien fÃ $\alpha$ r sie von September 1935 bis September 1939 BeitrÃ $\alpha$ ge zur polnischen Sozialversicherung wegen einer AngestelltentÃ $\alpha$ tigkeit in einem Betrieb fÃ $\alpha$ r Textilien entrichtet worden. Danach habe sie Verfolgung erlitten. Weitere Beitrags- oder

BeschĤftigungszeiten wurden von der KlĤgerin nicht geltend gemacht.

Der polnische SozialversicherungstrĤger teilte auf Anfrage der Beklagten mit, Ľber die geltend gemachten Zeiten hĤtten Unterlagen nicht ermittelt werden kĶnnen. Nach Beiziehung der EntschĤdigungsakten der KlĤgerin, aus denen sich ergibt, dass die KlĤgerin anlĤsslich einer Sprachprļfung 1967 angegeben hatte, sie sei von 1935 bis 1939 im vĤterlichen GeschĤft tĤtig gewesen, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 10. Dezember 1990 und Widerspruchsbescheid vom 8. Oktober 1991 die Anerkennung der geltend gemachten Zeiten ab.

Ein dagegen gerichtetes Klage- (SG Berlin S 8 An 4196/91) und Berufungsverfahren (LSG Berlin L 2 An 66/92) blieb für die Klägerin ohne Erfolg. Während dieses Verfahrens hatte die Klägerin in einer "wahrheitsgemäÃ∏en Erklärung" angegeben: "Im Ghetto Lodz dann arbeitete ich anfangs im Krankenhaus als Pflegerin. Ich war beim Arbeitsamt gefragt worden, wo ich arbeiten wolle, gab mir Liste von ArbeitsplÄxtzen und ich entschloss mich für das Krankenhaus, da ich gerne Kranken helfen wollte. Da ich keine Vorbildung dafļr besaÄ∏, hatte ich anfangs Bettschüssel zu bringen, wegzutragen, bei Nachoperierten zu sitzen, aufzupassen, ihnen was zum Trinken zu geben, spÄxter zeigte man mir, wie man Betten machte, kleine VerbĤnde wechselte. Ich erhielt die Bezahlung in Ghetto-Mark und man sagte uns, wir wAxren versichert. Das war von 5.1940/9.1942." Zudem hatte sie ErklĤrungen der Zeuginnen G vom 16. Dezember 1991 und Z vom 7. November 1993 eingereicht, die u.a. angaben, die KlĤgerin habe von Mai 1940 bis September 1942 im Krankenhaus im Ghetto Lodz in der Lagewieckastra̸e gearbeitet. Bei der auf Veranlassung des Berufungsgerichtes durchgeführten richterlichen Vernehmung gab die Zeugin G an, sie wisse, dass die KlĤgerin wie sie selber ins Ghetto gekommen sei und an einem besonderen  $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$  die Juden bestimmten Arbeitsplatz gearbeitet habe. Da jeder mit dem täglichen Unterhalt befasst gewesen sei, habe sie die Klägerin im Ghetto kaum gesehen. Sie wisse, dass die KlĤgerin gearbeitet habe, kĶnne aber nicht sagen, wo und ob die Klägerin dafür Lohn erhalten habe. Für die Arbeiten habe sie â∏ die Zeugin â∏ keinen Lohn, sondern von Zeit zu Zeit eine beschrĤnkte Lebensmittelration erhalten. Die Zeugin Z erklÄxrte, die KlÄxgerin sei wie sie im Januar 1940 bis zur Deportation 1944 ins Ghetto eingesperrt worden. Die KlĤgerin sei zur Arbeit in ein Krankenhaus geschickt worden. "Für die Arbeit pflegten die Deutschen in besonderem Ghetto-Geld zu zahlen."

Mit Bescheid vom 27. Juli 1995 und Widerspruchsbescheid vom 3. Juli 1998 lehnte die Beklagte die Anerkennung der Zeit vom 1. Mai 1940 bis 30. September 1942 ab, da ein BeschĤftigungsverhĤltnis weder nachgewiesen noch ausreichend glaubhaft gemacht worden sei.

Mit der am 14. Juli 1998 erhobenen Klage hat die Klägerin Erklärungen der Zeugen G und R vom 23. bzw. 26. Juli 1998 eingereicht. Der Zeuge G gab an, er könne bestätigen, dass die Klägerin ab ca. Mai 1940 bis September 1942 im Krankenhaus in der LagewieckastraÃ∏e gearbeitet habe. Im Ghetto hätten alle acht bis neun Stunden täglich arbeiten mÃ⅓ssen und seien jeden Freitag mit Ghetto-Mark entlohnt worden. Der Zeuge R gab an, er habe die Klägerin im Ghetto

kennengelernt, da er ihr einen Ofen mit Rohr fÃ⅓r den Winter habe beschaffen können. Er sei Hauptmagaziner im Metall-Ressort gewesen. Bei einer Razzia im Jahre 1942 in den StraÃ∏en des Ghettos habe die Klägerin ihn im Krankenhaus versteckt. Er könne deshalb bestätigen, dass die Klägerin im Krankenhaus von Mai 1940 bis September 1942 acht bis neun Stunden täglich gearbeitet habe. Ein Entgelt, von dem verschiedene AbzÃ⅓ge vorgenommen worden seien, habe sie in Form von Ghetto-Mark bekommen.

Das Sozialgericht hat den Zeugen R im Wege der Rechtshilfe durch das zustĤndige israelische Gericht vernehmen lassen. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf das Protokoll vom 7. Juli 1999 verwiesen. Die Vernehmung des Zeugen G konnte nicht durchgefļhrt werden, da eine Terminsladung nicht zugestellt werden konnte. Zudem war von dem Zeugen R gegenüber dem Gericht angegeben worden, der Zeuge G sei auf Grund seines Gesundheitszustandes nicht in der Lage, vor Gericht zu erscheinen. Seine Angaben bei der gerichtlichen Vernehmung hat der Zeuge R in einer "wahrheitsgemäÃ□en Erklärung" vom 1. Juni 2000 und in einer weiteren Stellungnahme vom 5. November 2001 ergänzt.

Die Klå¤gerin hat zudem Erklå¤rungen der Zeugen S und R vorgelegt, in denen es heiå t, die Klå¤gerin habe im Ghetto Lodz im Krankenhaus von Mai 1940 bis September 1942 gearbeitet. Eine Vernehmung dieser Zeugen konnte nicht erfolgen. Bei dem ersuchten Gericht war ein von einem Arzt, gekennzeichnet mit dem Buchstaben "A", ausgestelltes Attest eingegangen, nach dem der Zeuge S wegen einer "schweren Krankheit" nicht in der Lage sei, das Gericht aufzusuchen. An die Zeugin R konnte eine Vorladung trotz Ermittlungen des ersuchten Gerichts nicht zugestellt werden. Nach Angaben des Klå¤gerbevollmå¤chtigten ist auch sie aus Krankheitsgrå¼nden nicht mehr in der Lage, an einer Vernehmung teilzunehmen.

Mit Urteil vom 14. Februar 2002 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, es sei nicht glaubhaft, dass die Klägerin während der fraglichen Zeit ein auf freiem Entschluss beruhendes beitragspflichtiges BeschĤftigungsverhĤltnis ausgeļbt habe. Die jetzigen Angaben der KlĤgerin, sie habe die Arbeit im Krankenhaus auf Grund einer Anfrage im Arbeitsamt erhalten, stehe im Widerspruch zu ihren früheren und zeitnäheren Angaben im EntschĤdigungsverfahren, wonach sie unter Zwang dort gearbeitet habe. Welche der nicht in ̸bereinstimmung zu bringenden Angaben der Wahrheit entsprächen, könne nicht festgestellt werden. Die eingereichten Zeugenerklärungen Ĥnderten daran nichts. Die Zeugen G und Z hĤtten bei ihrer Vernehmung gegenüber den vorherigen schriftlichen Erklärungen anderslautende und für eine Glaubhaftmachung nicht ausreichende Angaben gemacht. Die ErklĤrungen des Zeugen R seien u.a. deshalb nicht glaubhaft, weil er in einer Vielzahl von Verfahren eingehende Angaben zur TÄxtigkeit der jeweiligen klagenden Parteien gemacht habe. Zudem habe er zur eigenen TÃxtigkeit im Ghetto angegeben, als Verantwortlicher für das Eisenwaren- und Metallmagazin gearbeitet zu haben. Eine solche Position sei auf Grund seines damaligen Alters (16 bis 17 Jahre) wenig wahrscheinlich. Die schriftlichen ErklĤrungen der übrigen Zeugen seien nicht überzeugend, da es sich nicht um anlässlich einer gerichtlichen Vernehmung gemachte Angaben handele.

Gegen das ihr am 21. MĤrz 2002 zugestellte Urteil wendet sich die KlĤgerin mit der am 26. MAxrz 2002 eingelegten Berufung. Zu deren BegrA¼ndung macht sie geltend, die TÄxtigkeit im Ghetto Lodz als Zwangsarbeit einzustufen, beruhe auf einer überholten Rechtsansicht und entspreche nicht den historisch gesicherten Erkenntnissen. Sie habe sich nachweislich zwischen 1940 und 1944 im Ghetto aufgehalten. Mit der Schlie̸ung des Ghettos und der Einrichtung von Produktionsbetrieben habe sich dort ein geregelter Arbeitsmarkt gebildet, auf den die Bewohner angewiesen gewesen seien, da sie anderenfalls deportiert worden oder verhungert wĤren. Auf ihrer KZ-HĤftlingskarte werde sie als "Pflegerin" bezeichnet. Mangels Berufsausbildung in der Vorkriegszeit mÃ1/4sse sie diesen Beruf im Ghetto erlernt haben. Die Angaben des Zeugen Rseien nicht unglaubhaft. Es sei kein Geheimnis, dass der Zeuge in der Kanzlei des Korrespondenzanwaltes G arbeite. Durch seine herausragende Stellung im Ghetto und sein Engagement in der Nachkriegszeit sei er bei ehemals Verfolgten sehr bekannt und deshalb geradezu prĤdestiniert, derartige FĤlle zu bearbeiten. Hinsichtlich der Aussage der Zeugin Z müsse beachtet werden, dass diese nicht zum Zustandekommen des fraglichen ArbeitsverhĤltnisses befragt worden sei.

In einer eidesstattlichen Versicherung vom 20. Oktober 2002, auf die wegen der weiteren Einzelheiten Bezug genommen wird, hat die KlĤgerin die Arbeit im Krankenhaus und die UmstĤnde der Arbeitsaufnahme beschrieben.

Die KlAxgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 14. Februar 2002 sowie den Bescheid der Beklagten vom 27. Juli 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Juli 1998 aufzuheben und diese zu verurteilen, die Zeit vom 1. Mai 1940 bis 1. September 1942 als Beitragszeit anzuerkennen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurýckzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des Sozialgerichts fþr zutreffend. Dieses habe unter Beachtung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts im Einzelnen geprþft, ob ein Beschäftigungsverhältnis bestanden habe und gerade nicht lediglich pauschal auf die Angaben der Klägerin im Entschädigungsverfahren verwiesen.

Mit Bescheid vom 16. April 2002 und Widerspruchsbescheid vom 28. August 2002 hat die Beklagte die Anerkennung einer Beitragszeit vom 2. September 1942 bis 31. August 1944 für eine Tätigkeit als Arbeiterin im Strohressort wegen Unzuständigkeit abgelehnt.

Die Gerichtsakten des Sozialgerichts Berlin â $\square$ , die die Kl $\tilde{A}$  $\alpha$ gerin betreffenden Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Entsch $\tilde{A}$  $\alpha$ digungsakten des Amtes f $\tilde{A}$  $\alpha$  $\alpha$ Viedergutmachung in Saarburg â $\alpha$  $\alpha$  $\alpha$  $\alpha$ 0 haben dem Senat vorgelegen und sind Gegenstand der m $\tilde{A}$  $\alpha$ 0 verhandlung gewesen.

## Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulĤssig, aber nicht begründet. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen, denn die Klägerin hat keinen Anspruch auf Anerkennung einer Beitragszeit vom 1. Mai 1940 bis 1. September 1942.

Das Sozialgericht hat zutreffend dargestellt, dass fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die PrA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>fung, ob ein Anspruch auf Anerkennung des geltend gemachten Zeitraums als Beitragszeit besteht, auf unterschiedliche Rechtsgrundlagen abzustellen ist. FÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r den Zeitraum bis 31. Dezember 1941 ist dies <u>§ 17 Abs. 1 b FRG</u> in der am 31. Dezember 1991 auà er Kraft getretenen Fassung des Rentenreformgesetzes 1992. Danach fand § 15 FRG auch Anwendung auf Personen, die nicht zu dem Personenkreis des § 1 Buchstaben a bis d FRG gehörten, wenn die Beiträge an einen nichtdeutschen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet waren und ein deutscher TrÄxger der gesetzlichen Rentenversicherungen sie bei Eintritt des Versicherungsfalles wie nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze entrichtete BeitrĤge zu behandeln hatte; dies galt auch für Beiträge von Personen, deren Ansprüche nach der Verordnung über die Einführung der Reichsversicherung in den eingegliederten Ostgebieten vom 22. Dezember 1941 (RGBI I S. 777 â∏∏ OGVO -) ausgeschlossen waren. Fýr die Zeit vom 1. Januar 1942 an waren durch die OGVO im Gebiet von Lodz die reichsgesetzlichen Vorschriften über die Rentenversicherung eingeführt worden, so dass für die geltend gemachte Beitragszeit § 27 Abs. 1 Buchst. a Angestelltenversicherungsgesetz â∏∏ AVG â∏∏ die Rechtsgrundlage darstellt. Fþr den Gesamtzeitraum ist ein Nachweis der geltend gemachten Versicherungszeiten nicht erforderlich, sondern ausreichend ist deren Glaubhaftmachung (vgl. § 4 FRG, § 1 Versicherungsunterlagen-Verordnung bzw. § 286 a Abs. 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch). Eine Tatsache ist glaubhaft, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sÄxmtliche erreichbaren Beweismittel erstrecken sollen, ý berwiegend wahrscheinlich ist (vgl. <u>§ 4 Abs. 1 S. 2 FRG</u>).

Es ist weder nachgewiesen noch überwiegend wahrscheinlich im o.g. Sinne, dass die Klägerin im geltend gemachten Zeitraum in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis gestanden hat. Nachweise über ein solches Beschäftigungsverhältnis liegen nicht vor. Es ist auch keine Glaubhaftmachung der maÃ∏geblichen Tatsachen gelungen.

Die Tatsache, dass eine BeschĤftigung im Ghetto Lodz geltend gemacht wird, steht einer Anerkennung als Beitragszeit allerdings nicht grundsĤtzlich entgegen. Nach der Rechtsprechung des BSG, der sich der Senat anschlieÄ□t, konnte auch unter den besonderen VerhĤltnissen in einem Ghetto ein rentenversicherungsrechtlich relevantes BeschĤftigungsverhĤltnis begrļndet werden. Denn unerheblich sind die Beweggründe, die jemanden zur Aufnahme einer BeschĤftigung veranlassen, und es kommt auch nicht auf die sonstigen LebensumstĤnde an, unter denen der Beschäftigte leben musste. Vielmehr ist das Beschäftigungsverhältnis selbst daraufhin zu untersuchen, ob es auf einem aus eigenem Antrieb begründeten Vertragsschluss mit einem Arbeitgeber beruht

(vgl. BSG <u>5 RJ 66/95</u>). Die Ausýbung irgendeiner Arbeit reicht jedoch nicht aus. Insbesondere führen Zwangsarbeiten nicht zur Begründung eines rentenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses (vgl. BSG <u>B 5 RJ 46/98 R</u>). Voraussetzung für die Anerkennung von Beitragszeiten ist, dass eine zumindest dem Grunde nach versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt wurde. Dies setzt u.a. voraus, dass das Arbeitsentgelt, das in Geld oder Sachleistungen erbracht werden kann, einen gewissen Mindestumfang erreicht, damit Versicherungspflicht entsteht (vgl. bspw. § 4 Abs. 1 Nr. 5 1. Halbsatz AVG).

Unter BerÃ1/4cksichtigung des Gesamtergebnisses des Verfahrens hÃxlt es der Senat zwar für überwiegend wahrscheinlich, dass die Klägerin während ihres Aufenthaltes im Ghetto Lodz irgendwann einmal eine TÃxtigkeit im Krankenhaus ausgeübt hat, es bestehen aber schon gewichtige Zweifel, ob die Arbeitsaufnahme auf einer freien Vereinbarung der KlĤgerin mit einem Arbeitgeber beruhte. Bereits das Sozialgericht hat darauf hingewiesen, dass die KlĤgerin im EntschĤdigungsverfahren, belegt durch Zeugenaussagen, angegeben hatte, sie habe unter Zwang im Krankenhaus gearbeitet. Auch die Zeugin Z sagte bei ihrer gerichtlichen Vernehmung im Rentenverfahren aus, die KlĤgerin sei zur Arbeit ins Krankenhaus geschickt und spĤter in eine Werkstatt fļr Bastarbeiten versetzt worden. Die Verwendung der Worte "geschickt" und "versetzt" spricht eher gegen eine freie BeschÄxftigung auf Grund einer Vereinbarung zwischen Arbeitsvertragsparteien, zumal hier nicht eine Bestimmung des Arbeitnehmers auf Grund des Direktionsrechts des Arbeitgebers in Rede steht. Dem kann nicht mit Erfolg entgegengehalten werden, es handele sich generell um eine vollkommen überholte Rechtsansicht, wenn ein freies Arbeitsverhältnis bei einer GhettotÄxtigkeit in Zweifel gezogen werde. Denn es sind die konkreten UmstÄxnde eines jeden Einzelfalles zu berļcksichtigen. Dies wird auch aus dem von der Klägerin benannten Schreiben der Geschäftsfýhrung der Beklagten deutlich, in dem es hei̸t, derartige Angaben â∏∏ über Zwangsarbeit â∏∏ seien seit einiger Zeit kein Grund mehr, Beitragszeiten generell abzulehnen. Zudem kann der gesetzlich vorgegebene MaÄ stab der Glaubhaftmachung von Tatsachen nicht durch Ansichten der VerwaltungsbehĶrden geĤndert werden.

Eine Glaubhaftmachung ist auch deshalb nicht gelungen, weil keine überzeugenden Angaben über Beginn, Ende und Art der Tätigkeit sowie die Entlohnung vorliegen. Nach ihren zeitnahen Angaben im Entschädigungsverfahren verrichtete die Klägerin bis 1943 Säuberungsarbeiten im Krankenhaus. Nähere Angaben zu Beginn und Ende der Tätigkeit hat sie nicht gemacht. Bei der Rentenantragstellung waren die fraglichen Versicherungszeiten von ihr nicht angegeben worden. Erstmals benannt wurde der Zeitraum Mai 1940 bis September 1942 von den Zeugen G und Z in ihren schriftlichen Erklärungen. Bei ihrer gerichtlichen Vernehmung machten die Zeugen aber weder konkrete Angaben zum Zeitraum der Beschäftigung noch über ein gewährtes Entgelt. Die Zeugin G gab an, sie wisse nicht, ob die Klägerin Lohn für ihre Arbeit erhalten habe. Sie selber habe keinen Lohn, sondern von Zeit zu Zeit eine beschränkte Lebensmittelration erhalten. Die Zeugin Z sagte aus: " Fþr die Arbeit pflegten die Deutschen in besonderem Ghetto-Geld zu zahlen." Damit gibt sie nur allgemeine Erkenntnisse, nicht aber ein konkretes Wissen þber eine von der Klägerin

bezogene Entlohnung und deren HA¶he an.

Die Zeugin G, S und R konnten nicht gerichtlich vernommen werden. Dies hält der Senat aber fù⁄₄r erforderlich, um verlässliche Angaben zu erhalten. Die beträchtlichen Unterschiede zwischen ihren schriftlichen Angaben und den Aussagen bei der nur kurze Zeit später erfolgten Vernehmung der Zeugen Z und G belegen, dass kurze schriftliche Erklärungen häufig keine verlässlichen Mittel zur Aufklärung des Sachverhaltes sind.

Den Angaben des Zeugen R vermochte auch das Berufungsgericht nicht zu folgen. Wänkennd die Kläugerin angibt, im Krankenhaus Säuberungsarbeiten (so im Entschäudigungsverfahren) bzw. Hilfsarbeiten (so in ihrer Erkläurung vom 20. Oktober 2002) ausgefährt zu haben, sagte der Zeuge aus, er erinnere sich genau daran, dass die Kläugerin als Krankenschwester gearbeitet habe und die fähr diese Täutigkeit typischen Arbeiten verrichtet habe. Wenn dem Zeugen, der die Kläugerin nach seinen Angaben einmal im Krankenhaus gesehen hat, deren Arbeit aus eigener Anschauung nicht genau bekannt sein konnte, dann erscheint es auch wenig glaubhaft, dass ihm auf Grund eigenen Wissens noch Angaben darähder mäßlich sind, in welchem Umfang die Arbeit verrichtet wurde, wie sie der Kläugerin vermittelt wurde und wann der Kläugerin ein Gehalt ausgezahlt wurde.

Auf Grund des Gesamtergebnisses des Verfahrens sieht der Senat die eigenen ErklĤrungen der KlĤgerin nicht als ausreichend fýr eine Glaubhaftmachung der fraglichen Tatsachen an.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193</u> Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG -.

Die Revision ist nicht zugelassen worden, da ein Grund hierf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde{A} = 160$  Abs. 2 SGG nicht gegeben ist.

Erstellt am: 03.03.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024